



HESSISCHER LANDTAG

09. 02. 2017

Plenum

Antrag der Fraktion der FDP betreffend Gründergeist und Unternehmertum in hessischen Schulen stärken

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag bedauert, dass laut einer Umfrage des Branchenverbandes Bitkom unter 505 Lehrerinnen und Lehrern der Sekundarstufe I 64 Prozent der Lehrkräfte ihren Schülerinnen und Schülern davon abraten, später ein Start-up zu gründen. Lediglich ein Viertel der Lehrerinnen und Lehrer empfiehlt eine Unternehmensgründung. Es ist Aufgabe auch der Politik und damit der Landesregierung, sich hier aktiv für eine positivere Sichtweise und Einstellung der Lehrkräfte einzusetzen. Vor diesem Hintergrund fordert der Landtag die Landesregierung auf zu untersuchen, ob die bundesweiten Ergebnisse auch die hessische Situation abbilden und wie die Themengebiete Wirtschaft, Unternehmensgründung und Selbstständigkeit in den Lehrbüchern und -materialien dargestellt werden.
2. Der Landtag stellt fest, dass die Vermittlung unternehmerischer Kompetenzen in der Schule einen angemessenen Platz einnehmen muss. Nur so kann auch die nächste Gründergeneration die Chancen freien Unternehmertums nutzen, sich diesen stellen und die Herausforderungen meistern. Aus diesem Grund müssen Aspekte wie Existenzgründung und Unternehmertum in der Lehreraus- und -weiterbildung, unabhängig von Schulform und Bildungsgang, angemessen vermittelt werden.
3. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die wirtschaftlichen Themengebiete im Fach Politik und Wirtschaft sowie im Fach Wirtschaftswissenschaft nicht zu reduzieren und durch gesellschaftspolitische Fragestellungen zu ersetzen, sondern in interdisziplinären Ansätzen die Wirtschaftsthemen und die thematischen Zusammenhänge in angemessener Art und Weise in andere Fächer verstärkt zu integrieren. Darüber hinaus gilt es, diese Schwerpunktsetzung sowie die Vermittlung von finanziellen, ökonomischen sowie unternehmerischen Kompetenzen in den Kerncurricula stärker zu berücksichtigen. So soll Schülern frühzeitig ökonomisches Wissen vermittelt und der Mut und die Bereitschaft gefördert werden, unter Abwägung aller Risiken und Chancen unternehmerische Verantwortung zu übernehmen.
4. Der Landtag schließt sich der Feststellung an, dass Hessen mehr Gründergeist braucht. Aus diesem Grund begrüßt er ausdrücklich das Engagement privater Initiativen und Unternehmen, durch die Entwicklung von speziellen Bildungsangeboten, Programmen und Projekten und die kostenfreie Überlassung von Unterrichtsmaterialien den Stellenwert der Bildung über wirtschaftliche Betätigung und Unternehmertum im Schulunterricht zu verbessern und junge Menschen zu selbstständiger wirtschaftlicher Tätigkeit zu ermuntern.
5. Der Landtag stellt in diesem Zusammenhang fest, dass Hinweise auf Unternehmen, Kammern oder Wirtschaftsinstitutionen in entsprechenden Druckerzeugnissen nicht als Verstoß gegen das Werbeverbot an Schulen zu werten sind. Gleiche Maßstäbe müssen darüber hinaus für Gewerkschaften, Verbände und Organisationen angelegt werden, insbesondere wenn diese sich auch wirtschaftlich betätigen.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bei der Zulassung von Lernmitteln der gesellschaftswissenschaftlichen Schulfächer auf die Vermittlung wirtschaftlicher Zusammenhänge - unter Einbeziehung der privaten Eigenvorsorge und des Verbraucherschutzes - zu achten. Insbesondere müssen die wirtschaftlichen Aspekte auch in Zusammenhang mit dem Themengebiet der Globalisierung objektiv und unideologisch dargestellt werden.
7. Der Landtag kritisiert die Hessische Landesregierung, die durch die beabsichtigte Änderung des Werbeverbots im Schulgesetz die Zusammenarbeit und Kooperation mit Wirt-

schaftsunternehmen und -verbänden sowie Kammern maßgeblich erschwert und somit die Öffnung der Schule für außerschulische Lernorte konterkariert. Aus diesem Grund wird die Landesregierung aufgefordert, den Ermessensspielraum auch weiterhin den Schulen zu überlassen und nicht auf die Ministerialebene zu ziehen.

8. Der Landtag ermutigt die hessischen Schulen, die Förderung von Kenntnissen und Kompetenzen zum Thema "Selbstständigkeit und Unternehmertum" in den Schulprofilen zu verankern.
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, Schulen zu bestärken, Unterrichtsreihen auch in enger Abstimmung mit Wirtschaftsverbänden und Kammern zu entwickeln, die die Notwendigkeit unternehmerischer Tätigkeit als sozial verantwortlichen und gesellschaftlich notwendigen Lebensentwurf hervorheben.
10. Der Landtag fordert Landesregierung, Kultusverwaltung sowie Schulen dazu auf, im Bereich der Berufsorientierung an den Schulen eng mit Wirtschaft und Unternehmen zusammenzuarbeiten und Schulen zu ermuntern, Vertreter der örtlichen Wirtschaft einzuladen, die den Schülern selbstständiges Handeln und Wirtschaften erläutern.
11. Der Landtag bestärkt Lehrerinnen und Lehrer darin, den Arbeitsalltag insbesondere in jungen Unternehmen durch Besuche oder Praktika näher kennenzulernen.
12. Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf, einen einheitlichen politischen Kurs zwischen dem Wirtschafts- und Kultusministerium abzustimmen. Derzeit steht die Förderung der Gründerwoche und des Existenzgründerportals des hessischen Wirtschaftsministeriums in einem direkten Widerspruch zu dem immer wirtschaftskritischeren Kurs des Kultusministeriums. Gerade wenn "die Förderung von Gründungen [...] zu den wirtschaftspolitischen Schwerpunkten der Hessischen Landesregierung [zählt]", dann sollten die Grundlagen dafür frühestmöglich gelegt werden.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 9. Februar 2017

Der Parlam. Geschäftsführer:
Rock